



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die internationalen Beziehungen der deutschen Arbeitgeber-, Angestellten- und Arbeiterverbände

Deutsches Reich

Berlin, 1914

Steinarbeiter

[urn:nbn:de:hbz:466:1-82669](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-82669)

Verband der Tapezierer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

Der Verband der Tapezierer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands wurde im Jahre 1897 errichtet. Sein Vorläufer war der 1889 ebenfalls auf zentraler Grundlage gegründete Allgemeine Deutsche Tapeziererverein, der auch der Generalkommission der Gewerkschaften seit ihrem Bestehen angehörte. Der Verband hatte am 31. Dezember 1912 10 575, im Jahresdurchschnitt 10 434 Mitglieder.

Beziehungen zu gleichartigen Organisationen des Auslandes bildeten sich im Jahre 1900 heraus. Seit dieser Zeit werden deutsche Tapezierer in den dänischen und schweizerischen Verbänden ohne Eintrittsgeld aufgenommen und umgekehrt. Auch wurden ihnen, soweit zugänglich, Reiseunterstützungen gewährt. Feste Abmachungen darüber lagen indessen nicht vor.

Im Jahre 1904 erfolgte eine bedeutende Ausdehnung dieser losen Beziehungen durch den Anschluß des Tapeziererverbandes an die internationale Union der Holzarbeiter.

Daneben kam es im Jahre 1906 zum Abschluß eines Kartellvertrages zwischen dem Deutschen Verband und dem skandinavischen Satler- und Tapeziererverband, durch welchen die bereits früher bestehende Gepflogenheit der gegenseitigen Unterstützung bindend gemacht wurde. Er trat am 1. Januar 1907 in Kraft und hat folgenden Wortlaut:

1. Die Mitglieder (Tapezierer) beider Verbände werden gegenseitig ohne Eintrittsgeld aufgenommen, sofern sie ihren Pflichten bis zum Tage ihrer statutengemäßen Abmeldung nachgekommen sind und der Übertritt innerhalb der festgesetzten Frist erfolgt.
2. Die gegenseitige Unterstützung der Mitglieder wird geregelt nach den Bestimmungen des Statuts der beiden Verbände in folgender Weise:

„In Deutschland:

1. Die in Skandinavien gezahlten Wochenbeiträge und empfangenen Unterstützungen kommen in Deutschland voll zur Anrechnung. Jeder Kollege, der aus Skandinavien nach Deutschland kommt, hat folgendes Anrecht:
2. Bei einer Mitgliedschaft von 26 Wochen Reiseunterstützung bis zu 15 M. Bei einer Mitgliedschaft von mindestens 52 Wochen Reiseunterstützung und Arbeitslosenunterstützung bis zu 48 M. innerhalb 52 Wochen; nach 130 Wochen bis 60 M., nach 208 Wochen bis 72 M. innerhalb 52 Wochen.
3. Sterbegeld bei einer Mitgliedschaft von mindestens 52 Wochen 30 M., steigend jährlich um 5 M. bis zum Höchstbetrage von 75 M.
4. Die in Deutschland zu zahlenden Beiträge zur Organisation kommen in Abzug.

In Skandinavien:

1. Die in Deutschland geleisteten Beiträge und erhaltenen Unterstützungen werden voll angerechnet. Jeder Kollege, der aus Deutschland nach Skandinavien kommt, hat folgendes Anrecht:
2. Bei einer Mitgliedschaft von 13 Wochen eine Reiseunterstützung bis 40 Kronen; bei einer Mitgliedschaft von mindestens 52 Wochen Reise- und Arbeitslosenunterstützung bis zu 61 Kronen innerhalb 52 Wochen.
3. Ein Sterbegeld nach § 24 bis zu 100 Kronen.“

Der Vertrag, der gegenwärtig noch in Kraft ist, steht die beiderseits zu gewährenden Leistungen ihrer Höhe

nach genau fest und bezieht sich auf Reiseunterstützung, Arbeitslosenunterstützung und Sterbegeld. Er gilt nur in Deutschland und den drei skandinavischen Ländern, auf die sich der skandinavische Verband erstreckt.

Über die praktische Wirksamkeit der Sondervereinbarung liegen nur sehr wenige Angaben vor. Die wechselseitig gezahlten Unterstützungen sind mangels Aufzeichnungen nicht festzustellen. Die Übertritte sind für das Jahr 1912 zum ersten Male erfasst worden. Danach sind 28 skandinavische Mitglieder in den deutschen, 8 deutsche Mitglieder in den skandinavischen Verband übergetreten. Von den ersterwähnten waren 2 ursprünglich deutsche Mitglieder, die zum Mutterverbande zurückkehrten. Insgesamt traten im gleichen Jahre — auf Grund seiner Zugehörigkeit zur Holzarbeiterunion — 258 Mitglieder ausländischer Organisationen zum Deutschen Tapeziererverband über; davon waren 129 ehemals deutsche Mitglieder, die zurückkehrten. Von den übrigen 129 kamen 50 aus österreichischen Mutterorganisationen, 22 aus schweizerischen, 15 aus ungarischen, 7 aus rumänischen, 2 aus niederländischen, je 1 aus finländischen, amerikanischen und australischen.

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands.

Die Organisation der deutschen Steinarbeiter geht bis auf das Jahr 1884 zurück. Im Jahre 1903 schlossen sich die bis dahin vorhandenen Fachabteilungen zum Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands mit dem Sitz in Leipzig zusammen, nachdem bereits 1898 durch Beschluß des 9. Berufskongresses zu Würzburg der Anschluß an die Generalkommission der Gewerkschaften erfolgt war. Der Zentralverband hatte am 31. Dezember 1912 28 875, im Durchschnitt des gleichen Jahres 29 410 Mitglieder.

Gegen Ende der 90er Jahre entstanden die ersten internationalen Beziehungen. Die Tatsache, daß es den Arbeitgeber in Streikfällen fast immer gelang, die benötigten Arbeitskräfte aus dem Auslande heran zu ziehen, hatte den deutschen Verband in erster Linie veranlaßt, einen internationalen Zusammenschluß anzustreben. Er erließ an die Steinarbeiterverbände des Auslandes Aufforderungen zu einer internationalen Konferenz, die dann im Anschluß an den erwähnten Deutschen Landeskongress am 2. Juni 1898 zu Würzburg stattfand. Auf demselben waren außer Deutschland, Schweden, Norwegen und Österreich vertreten. Belgien und die Schweiz hatten ihre Zustimmung schriftlich ausgedrückt. Der Kongress führte zur Errichtung eines „internationalen Agitationskomitees“ mit dem Sitz in Berlin. Angesichts der geringen Beteiligung am Kongress war dies Komitee nur als eine vorläufige Zentralstelle für die Nachrichtenvermittlung gedacht. Zur Aufbringung der benötigten Mittel wurde beschlossen, vom 1. August 1898 ab von den angeschlossenen Organisationen einen Beitrag von 3 Pf. für Mitglied und Jahr zu erheben.

Eine Festigung dieser noch sehr losen Beziehungen brachte der 2. internationale Kongress, der vom 31. Mai bis 2. Juni 1903 in Zürich abgehalten wurde. Auf demselben waren vertreten Deutschland mit 8000, Belgien mit 5500, Italien mit 5000, Frankreich mit 3500, Schweden mit 3000, Österreich mit 2200, die Schweiz mit 950, Ungarn mit 800, Norwegen mit 660, Dänemark mit 400, sowie einige örtliche Organisationen mit zusammen 1300 Mitgliedern.

Das Endergebnis des Kongresses war die Errichtung eines internationalen Sekretariats, das an die Stelle der bisherigen Kommission treten und seine Tätigkeit mit dem 1. Juli 1903 aufnehmen sollte. Folgender von deutscher Seite eingebrachte Auftrag wurde angenommen:

Es wird ein internationales Sekretariat errichtet; dessen Funktionen sind: über die Arbeiterbewegungen der verschiedenen Länder an die Fachzeitschriften und die Korrespondenten der beteiligten Landesverbände Mitteilung zu machen, hauptsächlich auch Aufrufe in Streitangelegenheiten zu vermitteln. Ebenso sind durch das internationale Sekretariat nationale und internationale Vorlagen von Arbeiterschutzesetzen zur Kenntnis der Arbeiterpresse und der Korrespondenten zu bringen. Anfragen in gewerblicher Beziehung werden durch das Sekretariat erledigt.

Zum Sitz des Sekretariats wurde Zürich erwählt. Die Beitragsfrage wurde in der Weise geregelt, daß jede Landesorganisation einen einmaligen Vorstoß von 20 M. und einen Jahresbeitrag von 25 M. für 1000 Mitglieder zu entrichten habe.

Die Aufgaben des Sekretariats — bestehend aus dem Sekretär und einem dreigliedrigen Ausschuss — wurden genau festgelegt. Sie bestanden im wesentlichen in der Herausgabe vierteljährlicher Berichte über die in den einzelnen Ländern beschäftigten Steinarbeiter, die Zahl der Organisierten und die Art der Organisation, die durchschnittliche Arbeitszeit, die Durchschnittslöhne, den Geschäftsgang, den Stand der beruflichen Presse, der Agitation und deren Fortschritte, der Unternehmerorganisation und deren Maßnahmen gegen Berufsgegnossen, sowie über den gesetzlichen Arbeiterschutz. Die Unterlagen zu diesen Berichten sollten von zu bestimmenden Korrespondenten der einzelnen Landesorganisation geliefert werden.

War man damit über die Einrichtung einer Zentralnachrichtsstelle nicht hinausgekommen, so hatten einige andere Kongreßbeschlüsse erheblich weiter gehende Bedeutung. Auf Anregung von deutscher Seite wurde u. a. beschlossen:

1. Die Organisationen unterstützen sich gegenseitig durch Fernhaltung des Zuzugs nach Streikorten.
2. Die wandernden und die dauernd nach einem andern Land übersiedelnden Mitglieder der auf dem Kongresse vertretenen Organisationen müssen sich der Organisation desjenigen Landes anschließen, in dem sie in Arbeit stehen. Der Übertritt von einer Organisation in die andere erfolgt ohne Zahlung erneuten Eintrittsgeldes, sofern das betreffende Mitglied seinen Verpflichtungen in der Heimatsorganisation in vollem Umfange nachgekommen ist.
3. Die Organisationen der verschiedenen Länder sollen nach Möglichkeit dahin streben, in bezug auf das Unterstützungswesen (insbesondere Reiseunterstützung) Gegenseitigkeitsverträge abzuschließen, damit den von einer Organisation in die andere eintretenden Mitgliedern ihre erworbenen Rechte voll angerechnet werden können.

Damit war die Grundlage für einen engeren Zusammenschluß der zum internationalen Sekretariat gehörenden Organisationen gegeben.

Der 3. internationale Kongreß wurde im Anschluß an den 3. Verbandstag (13. Kongreß) des Zentralverbands der Steinarbeiter Deutschlands am 11. und 12. April 1908 in Kassel abgehalten.

Vertreten waren:

Deutschland mit 20 000 Mitgliedern,	
Österreich	= 4 000
Schweden	= 5 000
Schweiz	= 2 000
Ungarn	= 1 260
Dänemark	= 80
Holland	= 260

Lehleres war dem Sekretariat noch nicht endgültig angeschlossen.

Die Hauptarbeit des Kongresses bildete der weitere Ausbau der internationalen Einrichtungen, und zwar wurde folgendes „Regulativ des Internationalen Steinarbeitersekretariats“ beschlossen:

Art. 1. Dem Internationalen Steinarbeitersekretariat können nur diejenigen Organisationen beitreten, die den bestehenden anerkannten gewerkschaftlichen Landeszentralen (Gewerkschaftskommissionen, Generalkommissionen) angehören. Das Recht der Mitgliedschaft steht auch den Steinarbeitern in denjenigen Ländern zu, wo berufliche Verbände nicht existieren.

Art. 2. Der Übertritt von einem Verbands zum andern ist kostenlos, sofern in der Beitragszahlung keine Unterbrechung ist. Die Mitglieder haben ein Recht auf Zulassung zu allen an diesem Vertrag beteiligten Verbänden. Im Verkehr von einem Staat zum andern hat vor der Abreise die Abmeldung und bei der Ankunft die Anmeldung in dem betreffenden Verbandsgebiete (und zwar innerhalb spätestens 6 Wochen vom Tage der Abreise an gerechnet) bei dem dem Arbeitsorte am nächsten liegenden Zweigvereine zu erfolgen. Die Beiträge sind vor der Abreise bis zum Tage der Abreise am Orte zu entrichten.

Jeder Verband hat nur Geltung im Gebiete seines Staates und dürfen die Steinarbeiter nur dem Verbands angehören, in dessen Gebiet sie bei dem Unternehmer in Arbeit stehen.

Die Dauer der Mitgliedschaft, die das Mitglied in seiner bisherigen Organisation erreicht hatte, ist in der Weise anzurechnen, daß die geleisteten regelmäßigen Verbandsbeiträge summiert werden und auf Beiträge der neuen Organisation umzurechnen sind.

Art. 3. Der Beitrag an das internationale Sekretariat beträgt pro Mitglied und pro Jahr 3 Centimes.

Art. 4. Die Landeszentrale wählt aus ihrer Mitte einen Korrespondenten. Derselbe hat zur Pflicht, dem Sekretariat spätestens 8 Tage nach jeweiligem Quartalschluß einen Bericht über die Arbeitsverhältnisse in seinem Lande zu senden und überhaupt ununterbrochenen Verkehr mit dem Sekretariat zu unterhalten und es von allen wichtigen Vorkommnissen zu unterrichten.

Art. 5. Die Landesorganisationen tauschen gegenseitig ihre Drucksachen aus. (Fachzeitschriften, Protokolle, Berichte usw.)

Art. 6. Der jeweilige Kongreß bestimmt die Landesorganisation, welche von sich aus die Funktionäre des Sekretariats, bestehend aus einem Sekretär und einer dreigliedrigen Kommission, bestimmt. Diese Kommission hat die Verwaltung des Sekretariats zu beaufsichtigen.

Art. 7. Die Aufgaben des Sekretariats sind folgende:

- a) Führung der Kasse;
- b) die Beziehungen unter den Steinarbeitern, soweit sie internationale Interessen haben, zu vermitteln;
- c) alle wichtigen Vorkommnisse und Änderungen in den Landesorganisationen durch vierteljährliche Berichte jedem Lande zuzustellen;
- d) alle zwei Jahre hat das Sekretariat einen vollständigen Bericht zu veröffentlichen.

Art. 8. Die Organisationen unterstützen sich gegenseitig in der Agitation, besonders in den Grenzdistrikten.

Art. 9. Zum Bezug der Reiseunterstützung sind die Mitglieder der koalitierten Organisationen berechtigt. Die

Reiseunterstützung wird nach den Bestimmungen gewährt, die statutarisch in den einzelnen Organisationen niedergelegt sind.

Art. 10. Für Unterstützung kann das Sekretariat nur bei außergewöhnlichen, das Maß der Leistungsfähigkeit übersteigenden Streiks und Aussperrungen von mindestens 3 Wochen Dauer um Hilfe sämtlicher Verbände angegangen werden. Im Falle ausgedehnter Aussperrungen kann die Hilfe schon früher beginnen.

Art. 11. Bei Aufbringung der Mittel zur Unterstützung ist es dem Streikkomitee unterzagt, sich an die Zahlstellen der fremden Länder zu wenden. Die Zuweisung eingelaufener Gelder kann eingestellt werden, wenn über den Verlauf solcher Streiks und Aussperrungen nicht wöchentlich einmal Bericht eingesandt wird.

Art. 12. Bei größeren Streiks und Lohnbewegungen ist dem Sekretariat stets sofort Mitteilung zu machen, damit Benachrichtigung der übrigen Länder erfolgen kann.

Art. 13. Internationale Kongresse sollen nach Bedarf und nach vorausgegangener Verständigung zwischen dem Sekretariat und den Vertretern der in Betracht kommenden Organisationen stattfinden, jedoch darf der Zeitraum von 5 Jahren nicht überschritten werden.

Jeder dem Sekretariat angeschlossene Verband hat am Kongresse eine Landesstimme, im weiteren entfällt auf je 2000 Mitglieder eine weitere Stimme. Bei einer Bruchzahl von über 1000 Mitgliedern wird eine Stimme voll gerechnet.

Daneben beschäftigte sich der Kongreß zum ersten Male auch mit allgemeinen Berufsfragen. Um Material zur Frage des Arbeiterschutzes in der Steinindustrie zu erhalten, wurde beschlossen, periodische Erhebungen anzustellen, welche über die tägliche Arbeitszeit, die Lohnhöhe, die Entlohnungsart, Berufskrankheiten, Unfallhäufigkeit, sowie über das Lehrlingswesen und die Frauenarbeit Aufschluß geben sollten.

Außerdem wurden folgende Forderungen als Programm für die künftigen Arbeiten der internationalen Organisationen aufgestellt: Achtstundentag, Verbot der Beschäftigung von Frauen und Lehrlingen unter 18 Jahren in der Steinindustrie, Verbesserung der hygienischen Verhältnisse in den Werkstätten, Einführung von Staubsaugapparaten, Beteiligung der Arbeiter an der Gewerbeaufsicht.

Nach den eben wiedergegebenen Bestimmungen und der Auslegung, die sie gefunden haben, steht den ins Ausland gehenden Mitgliedern von vornherein ein Anspruch auf Reise-, Streik- und Maßregelungsunterstützung nach den Sätzen der neuen Organisation zu. Sonst hat das betreffende Mitglied nur auf die Unterstützungen Anspruch, welche im neuen Verbands wie in der Mutterorganisation eingeführt sind. Nur bei diesen wird die bisherige Dauer der Mitgliedschaft angerechnet. Bei in der Mutterorganisation nicht vorhandenen Unterstützungen tritt die Bezugsberechtigung erst nach Erfüllung der dafür vorgesehenen Wartezeit ein.

Einen weiteren Ausbau haben die internationalen Beziehungen des Deutschen Steinarbeiterverbandes zu ausländischen Organisationen auf einem internationalen Kongreß erfahren, der am 12./13. Oktober 1913 zu Brüssel unter Beteiligung der Verbände aus Deutschland, Schweiz, Norwegen, Dänemark, Finnland, Spanien und Italien stattfand. Es wurde beschlossen, die Landesverbände, die bisher noch keine Reiseunterstützung gewährten, zu veranlassen, diese Unterstützungsart einzuführen. Die Verbände von Frankreich und Belgien erklärten sich dazu bereit. Ein weiterer Beschluß legt die kostenfreie Aufnahme über-

tretender Mitglieder fest. Hinsichtlich der internationalen Sammlungen zur Unterstützung von Arbeitskämpfen wurde beschlossen, diese Sammlungen in Zukunft auf bringende Fälle zu beschränken. Wie 1908, fand auch diesmal die Frage des Arbeiterschutzes in der Steinindustrie eingehende Erörterung.

Schriftliche Kartelle oder sonstige Gegenseitigkeitsverträge bestehen nicht, jedoch sind die oben angeführten Beschlüsse des Züricher Kongresses hinsichtlich der für die deutsche Auswanderung wesentlich in Frage kommenden Länder zur Durchführung gelangt. Ein internationales Veröffentlichungsorgan besteht nicht. In der internationalen Organisation selbst steht Deutschland an erster Stelle. Dem internationalen Sekretariat (Sitz Zürich) waren Ende Dezember 1911 angeschlossen:

Deutschland	mit 22 000 Mitgliedern
Belgien	= 11 000 "
Italien	= 6 800 "
Österreich	= 6 000 "
Frankreich	= 4 800 "
Spanien	= 3 500 "
Schweden	= 3 300 "
Finnland	= 2 600 "
Ungarn	= 2 000 "
Schweiz	= 2 000 "
Brasilien	= 2 000 "
Norwegen	= 1 800 "
Holland	= 700 "
Dänemark	= 600 "
Serbien	= 200 "
Bulgarien	= 150 "
Kroatien	= 80 "

Die Aufbringung der für das Sekretariat erforderlichen Mittel erfolgte für die Jahre 1910 und 1911 in folgender Weise:

Es zahlten an Beiträgen in M:

	1911	1910
Deutschland	770,68	460,68
Österreich	496,04	200,58
Belgien	360,00	195,00
Italien	195,00	135,00
Frankreich	187,00	127,50
Schweiz	139,00	50,00
Schweden	129,00	163,35
Ungarn	95,00	30,00
Dänemark	74,55	40,00
Bulgarien	62,07	—
Finnland	44,15	40,72
Holland	29,10	25,09
Norwegen	15,00	—
Kroatien	5,00	25,00

Von den übrigen dem Sekretariat angehörenden Ländern sind Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen nicht verzeichnet.

Über die Leistungen der internationalen Vereinigung sind nur spärliche Angaben beizubringen. Eine Unterstützung von Arbeitskämpfen hat seit dem letzten Kongreß von 1908 nur fünfmal stattgefunden. Aus der Hauptkategorie des deutschen Verbandes wurden gezahlt an die Steinarbeiterorganisation in Belgrad 150 M., Belgien 500 M. und 300 M., der Schweiz 500 M. und 300 M., zusammen 1750 M. Daneben haben auch noch die einzelnen Zahlstellen aus ihren Kassen Arbeitskämpfe im Ausland unterstützt. Über die Höhe dieser Aufwendungen war indessen nichts in Erfahrung zu bringen.

Ebenso sind über den gegenseitigen Mitgliedsaustausch keine hinreichenden Mitteilungen zu machen. Aus den

Nachweisungen des deutschen Verbandes sind nur diejenigen, aus ausländischen Verbänden beigetretenen Mitglieder auszuondern, die Krankenunterstützung erhalten haben. Das waren in den drei Jahren 1909—1911 5 Dänen, 19 Schweizer, 63 Österreicher.

Über den Umfang der Auswanderung deutscher Mitglieder in fremde Steinarbeiterorganisationen ist nichts bekannt.

Deutscher Buchbinderverband.

Der erste Deutsche Buchbinderverband entstand im Jahre 1869, löste sich indessen 1871 wieder auf. Ein im Jahre 1873 neu begründeter Verband fiel unter Einfluß des Sozialistengesetzes im Jahre 1878 demselben Schicksal anheim. Nachdem in der Folgezeit verschiedentlich örtliche Vereine gebildet worden waren, erfolgte 1885 ihr Zusammenschluß zu einem auf föderativer Grundlage beruhenden Verbande, der dann 1893 in einen einzigen Zentralverband umgewandelt wurde. Der Generalkommission der Gewerkschaften ist der Buchbinderverband seit ihrer Begründung im Jahre 1892 ständig angeschlossen gewesen. Seine Mitgliederzahl stellte sich am 31. Dezember 1912 auf 33 428, im Durchschnitt des Jahres 1912 auf 32 374.

Beziehungen zu außerdeutschen Verbänden wurden von den deutschen Buchbindern schon vor der Schaffung ihrer Zentralorganisation angeknüpft. Bereits 1884 kamen Gegenseitigkeitsverträge mit schweizerischen und österreichischen Buchbindervereinen zustande, die sich auf die gegenseitige Unterstützung ihrer reisenden Mitglieder bezogen. Ein für den Sommer 1896 geplanter internationaler Kongreß scheiterte an der geringen Beteiligung, die nur von drei Nationen in Aussicht gestellt worden war. Dafür kam ein neuer Gegenseitigkeitsvertrag zustande, der sich auf die Organisationen Deutschlands, Dänemarks, Österreichs und der Schweiz erstreckte. Eine Anregung des österreichischen Verbandes, im Jahre 1900 einen internationalen Kongreß zu veranstalten, wurde nicht ausgeführt. Dagegen wurde der Kartellvertrag zwischen den vier Organisationen mit Geltung vom 1. Juli 1900 ab verlängert. Die wichtigste Bestimmung des Vertrags ist im § 1 enthalten. Er lautet:

Die Mitglieder der vorstehend genannten Organisationen werden gegenseitig, wenn sie ihren Pflichten bis zur Abreise der jeweiligen Organisation gegenüber nachgekommen sind, bei der Zureise, beziehungsweise bei Antritt einer Arbeitsstelle, sobald sie sich innerhalb vierzehn Tagen nach Arbeitsantritt bei einem Bevollmächtigten der Landesorganisation melden, in jedem Verband unentgeltlich als Mitglied aufgenommen. Sie erhalten auch gegenseitig auf der Reise bzw. bei Arbeitslosigkeit Unterstützung, wenn sie die erforderliche Anzahl Wochen Mitglied waren und ihre Beiträge in bestimmter Höhe und Anzahl geleistet haben.

Die bisherige Mitgliedsdauer wie die schon bezogenen Unterstützungen werden in entsprechender Weise in Anrechnung gebracht. Für Reise- und Arbeitslosenunterstützung gelten für die Mitglieder kartellierter Verbände die gleichen Sätze wie für die eigenen Mitglieder.

Eine Erweiterung der internationalen Beziehungen brachte der 1. internationale Kongreß, der bereits für 1905 geplant war, aber erst im Anschluß an die Generalversammlung des Deutschen Buchbinderverbandes am 30. Juni 1907 nach Nürnberg einberufen wurde. Es beteiligten sich daran die Buchbinderorganisationen von Deutschland, Belgien, Dänemark, Norwegen, Österreich,

Ungarn, der Schweiz und Schweden, dessen Buchbinderverband sich am 1. März 1907 sich dem Kartellvertrag angeschlossen hatte.

Über die Größe der beteiligten Organisationen gibt die folgende Zusammenstellung Aufschluß:

Deutschland	20 700 Mitglieder
Österreich	3 250 "
Ungarn	2 600 "
Schweden	1 900 "
Belgien	1 200 "
Dänemark	720 "
Schweiz	560 "
Norwegen	370 "

Die überragende Stellung der deutschen Organisation geht aus den Zahlen hervor.

Der Kongreß beschloß die Gründung einer Internationalen Buchbinder-Föderation und die Errichtung eines Internationalen Sekretariats, dessen Führung dem deutschen Verband übertragen wurde. Gleichzeitig wurde ein Gegenseitigkeitsvertrag vereinbart, der für alle der Föderation angeschlossenen Verbände in gleicher Weise gelten sollte.

Nach diesem Vertrage, der sich an den früheren Kartellvertrag anlehnt, werden Mitglieder eines Verbandes in jeden anderen Gegenseitigkeitsverband kostenlos aufgenommen. Im Ausland in Arbeit tretende Mitglieder sind gehalten, sich innerhalb von 14 Tagen bei dem neuen Verbande zur Aufnahme zu melden. Den Übertretenden werden die beim alten Verbande gezahlten Beiträge nach ihrer Höhe angerechnet. Gewährt werden Reise- und Arbeitslosenunterstützung. Vorbedingung ist für beide eine 52wöchige Beitragsleistung, wovon für den Bezug von Arbeitslosenunterstützung mindestens 13 Wochenbeiträge in dem neuen Verbande geleistet sein müssen. Die Höhe der Unterstützung richtet sich nach den Satzungsbestimmungen der einzelnen Verbände. Andere Unterstützungsarten, wie Krankenunterstützung, sind durch den Vertrag ausdrücklich ausgeschlossen. Bei großen Streiks und Aussperrungen kann die Zahlung auch der vertragsmäßigen Unterstützungen für bestimmte Zeit aufgehoben werden. Der belgische und schweizerische Verband wurde auf Grund besonderer Verhältnisse von der Verpflichtung zur Zahlung von Arbeitslosenunterstützung befreit.

Die Frage der gegenseitigen Unterstützung bei Arbeitskämpfen wurde mit großer Zurückhaltung behandelt. Der Standpunkt des — schon durch seine verhältnismäßig große Mitgliederzahl und die daraus folgende starke Belastung bei einer Gegenseitigkeit auch in dieser Hinsicht besonders interessierten — deutschen Verbandes, daß jede Organisation bei wirtschaftlichen Kämpfen zunächst auf sich selbst gestellt sein müsse, gab den Ausschlag. Man einigte sich in einer Resolution dahin, daß die gegenseitige Unterstützung in Lohnkämpfen „vor allem in der Verhinderung jedweden Zugriffs von Arbeitskräften in das Lohnkampfgebiet, in der tunlichsten Unterstützung jeder Art an die aus dem Lohnkampfgebiet Zureisenden und in der tunlichsten Verhinderung der Anfertigung von Streikarbeit“ zu bestehen hätte. Bezüglich der finanziellen Unterstützung der Lohnkämpfe sprach die Konferenz ihre Ansicht dahin aus, „daß es die Pflicht eines jeden im Gegenseitigkeitsverhältnis stehenden Verbandes ist, in einen Lohnkampf erst dann einzutreten, wenn er die hierzu voraussichtlich nötigen Mittel aus eigenem aufzubringen in der Lage ist“. An das Sekretariat sollte